

„TTIP ist böse“!

Bericht über die gemeinsame Veranstaltung von Attac, GEW, Ver.di, und den Parteien „Die Linke“ und „Piraten“ am 25. März in Sindelfingen. Von Hauke Thomas

Die Veranstaltung war relativ gut besucht - auch von der GEW waren immerhin 10 Mitglieder da – informierten Werner Rügemer (freier Publizist) und Thomas Nord (MdB der Linkspartei) über die geplante Freihandelszone EU – USA. Tenor: Sie gefährdet nicht nur die Demokratie, sondern auch Arbeitsrechte und Arbeitsplätze.

Bei Freihandelsabkommen geht es eigentlich darum, Zölle abzubauen. Doch zwischen EU und USA sind in den letzten Jahrzehnten schon längst fast alle Zölle abgebaut worden. Das geplante Abkommen wird als „Freihandels“abkommen bezeichnet. Der Begriff täuscht. Es geht vor allem um eines: „**Hindernisse für Investitionen**“ sollen beseitigt werden.

Deshalb soll die Rechtssicherheit für Konzerne und Investoren ausgebaut werden: **Vor privaten, nichtöffentlichen Schiedsgerichten** können Privateigentümer Staaten wegen Behinderung von Investitionen auf Schadenersatz verklagen. So kann bisher schon der Konzern Veolia den Staat Ägypten verklagen: Veolia hat mit der Stadt Alexandria einen Vertrag über die Müllentsorgung geschlossen. Weil die Regierung die Löhne durch die Angleichung an die Inflationsdebatte verbesserte, klagt Veolia auf Schadenersatz. Dies soll mit TTIP verallgemeinert werden.

Private Schiedsgerichte gelten übrigens schon in Deutschland bei hunderten von Public Private Partnership-Projekten, z.B. bei „Toll Collect“ (LkW-Maut auf den Autobahnen). Dem haben bisher **alle Regierungsparteien** zugestimmt. Deshalb werden sie auch keine TTIP-Schiedsgerichte verhindern. Zudem sollen öffentliche Dienstleistungen leichter privatisiert, Rück-Verstaatlichung soll unmöglich werden; Umweltschutz, Nahrungsmittelsicherheit, Erhebung und Handel privater Daten soll dereguliert werden.

Neue Arbeitsplätze?

Durch TTIP sollen in den nächsten 15 Jahren hunderttausende neue Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks entstehen. „Neue Arbeitsplätze“: neu **muss nicht heißen: gut bezahlt, Vollarbeitsplatz, rechtlicher Schutz**. Sowieso klingt die Ankündigung wenig glaubwürdig: **Bei den Verhandlungen steht nirgends „Schaffung von Arbeitsplätzen“** auf der Tagesordnung.

Die Versprechen sind noch aus weiteren Gründen unglaubwürdig. Die wichtigsten Arbeitsrechte sind in den acht Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO, Teil der UNO) zusammengefasst.

Die EU hat sie übernommen, doch sie **macht deren Einhaltung nicht zur Bedingung** im TTIP. Und die EU verletzt diese Rechte selbst. In den europäischen „Krisenstaaten“ setzt die EU Tarifverträge außer Kraft, verordnet Entlassungen, kappt die gesundheitliche Versorgung oder schließt ganze Bevölkerungsgruppen davon aus wie in Griechenland.

Die USA haben – und damit stehen sie weltweit einsam an der Spitze – sechs der acht ILO-Normen **nicht** ratifiziert:

1. Recht der Beschäftigten zur Gewerkschaftsbildung (Koalitionsfreiheit),
2. Recht der Beschäftigten auf kollektive Interessenvertretung (Tarifverträge),
3. gleicher Lohn für gleiche Arbeit, zum Beispiel für Mann und Frau,
4. Mindestalter für den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis,
5. Abschaffung der Zwangsarbeit im Gefängnis für private Unternehmen,
6. Verbot der Diskriminierung in der Arbeitswelt wegen Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung usw.

Die USA haben nur zwei ILO-Kernnormen ratifiziert: Abschaffung der Zwangsarbeit als staatliche Maßnahme und Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit. Dabei ist nicht Kinderarbeit allgemein gemeint, sondern nur bei Prostitution, Militär, Drogenhandel und Pornografie.

Was soll bei der Angleichung der Arbeitsrechte zwischen EU und USA an Gutem herauskommen?, fragte Werner Rügemer.

Und auch wenn „nur“ die Festschreibung der jetzigen Standards vereinbart würde, dann wären diese sehr verbesserungswürdigen Standards für Arbeit, Umwelt, Lebensmittel usw. auf ewig festgeschrieben und nie mehr zu ändern – bei Strafe von Milliarden Schadensersatz, die die hoch verschuldeten Staaten des Nordatlantiks an die Investoren zahlen müssten.

Ja, selbst wenn die jeweils höchsten und besten Standards in einem Land für alle anderen Länder verbindlich gemacht würden, so würden doch Gremien eingerichtet, die an den Parlamenten vorbei andere Standards festlegen können, betonte Thomas Nord.

Und man glaube nicht, dass das eigene Schlafzimmer verschont bleiben würde. Auch der Datenschutz ist nach den Verlautbarungen „dringend regulierungsbedürftig“, da er sich vielfach als Handelshemmnis erweist - so der Vertreter der „Piraten“ in seinem Statement.

Die Gewerkschaften sollten es nach langem Zögern dem Vorsitzenden der IG Metall, Detlef Wetzel, gleichtun: TTIP stoppen! Die Lohnabhängigen gehören zum Widerstand. Dazu gehört die Rückbesinnung auf die Menschenrechte, zu denen auch die Arbeitsrechte gehören. Nach dem Vorgang der GEW Kreis Böblingen hat auch der Landesvorstand der GEW Baden-Württemberg am 15. März einen sofortigen Verhandlungsstopp gefordert.

Was den weiteren Kampf gegen TTIP angeht, so war das Publikum etwas ratlos. Aber TTIP wird auf dem 1. Mai in Sindelfingen zum Schwerpunkt, dafür wollen die Vertreter von Attac, GEW und Ver.di sorgen.

Bitte den Protest unterstützen auf www.arbeitsunrecht.de/ttip (Rügenderpetition)!